

# Armenbekämpfung statt Armutsbekämpfung

## Persönliche Erfahrungen

**Arbeitslosigkeit führt oft in die Armut.**

**Bereits kleinere Zahlungen können  
dann größere Probleme auslösen.**

**Viele behördliche Maßnahmen erhöhen  
bloß den Druck, werden als zusätzliche  
Belastung und nicht als Hilfe wahr-  
genommen. Eine Darstellung aus der  
Sicht eines betroffenen Österreichers.**

Mein Name ist Peter Gach, ich bin 58 Jahre alt, Leiter der Selbsthilfegruppe für Menschen in schwierigen Lebenssituationen (SHG\_fMiSL), Sprecher der Agendagruppe »Arbeitslose für Arbeitslose« und Mitglied beim Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt. Darüber hinaus bemühe ich mich auch um eine intensive Vernetzung mit der Österreichischen Armutskonferenz, der Bassena am Schöpfwerk (einem unabhängigen Sozialprojekt), dem Fonds Soziales Wien der Stadtverwaltung, der Katholischen Sozialakademie Österreichs (KSOe) und anderen sozialen Einrichtungen. Ziel dieser Vernetzungstätigkeit ist ein möglichst breiter gegenseitiger Erfahrungsaustausch über die soziale Lage der ärmsten Bevölkerungsschichten.

Als Beispiel erzähle ich Ihnen gerne meine Geschichte, dabei möchte ich mich auf die Zeit von 1999 bis 2008 beschränken. Meine persön-

lichen Probleme sind zum einen gesundheitlicher Natur und zum anderen auf ununterbrochene finanzielle Notlagen zurückzuführen. Meine finanziellen Nöte könnten schon längst Vergangenheit sein, wenn nicht die verhängnisvolle Pensionsreform unter der schwarz-blauen Regierung aus Österreichischer Volkspartei und Freiheitlichen gekommen wäre. Denn mit dieser Pensionsreform wurde die bis dahin für langzeitarbeitslose Menschen bestehende Möglichkeit, mit 55 Jahren in Frühpension gehen zu können, ersatzlos gestrichen.

Mein Einkommen im November 2008 betrug € 505,61 vom AMS (Arbeitsmarktservice) Wien und € 106,43 Sozialhilfe, das waren insgesamt € 612,04 und das 12mal pro Jahr. Demgegenüber steht das Einkommen eines Pensionisten mit Ausgleichszulage in der Höhe von € 710,02, das aber 14mal pro Jahr. Als Jahreseinkommen sind das € 7.344,48 gegenüber € 9.940,28. Das ist eine Differenz von € 2.595,80 pro Jahr, die mir nur deshalb vorenthalten wird, weil mir der Weg in die Frühpension verwehrt ist. Und das, obwohl ich mit gehörigem Druck vom AMS auf diesen Weg geschickt werde, mit Antragsdatum 1. Juli 2008 bereits zum drittenmal (den ersten Antrag auf

Frühpension habe ich am 1. Juli 2005 gestellt). Der Hintergrund: Menschen, die den so genannten Pensionsvorschuss beziehen – also beim AMS als Arbeit suchend gemeldet sind, Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe beziehen und einen Pensionsantrag gestellt haben, was gleichbedeutend ist mit einer Unterbrechung der Notstandshilfe – scheinen nicht in der Arbeitslosenstatistik auf. Das gesamte Verfahren bis zur ersten Instanz (Arbeits- und Sozialgericht) bezahlt die Pensionsversicherungsanstalt, das Geld kommt also von einem anderen Topf, wird aber vom AMS ausbezahlt.

## Beeinträchtigungen

Zur finanziellen Situation kommen noch einige Beeinträchtigungen: mein Alter von 58 Jahren, keine abgeschlossene Berufsausbildung und die schweren Depressionen, an denen ich über ein Jahrzehnt litt, was bisher von keinem Psychiater oder Neurologen in Form eines Befundes anerkannt wurde. Gegenwärtig leide ich unter den Nachwirkungen der schweren Depressionen, aber auch unter den Nachwirkungen jahrelanger schlechter Ernährung. Mit dieser Begründung bei Gericht würde ich im Ernstfall wohl einem lange andauernden Gelächter ausgesetzt sein, denn nirgendwo in den Gesetzestexten wird die Möglichkeit einer derartigen Gesundheitsbeeinträchtigung auch nur in einer Fußnote erwähnt.

Dazu kommen noch schwer wiegende Probleme in der Wohnung: Sämtliche vier Fenster sowie die Wohnungstüre sind undicht; die Gasheizung hat vor wenigen Tagen endgültig den Geist aufgegeben. Teile der Wohnungseinrichtung, die noch aus Zeiten stammen, in denen es mir finanziell besser ging als heute, sind bereits alt und gehörten längst ausgetauscht. Einige Ein-

richtungsgegenstände habe ich geschenkt bekommen, diese müssten dringend erneuert bzw. repariert werden, wie etwa der Gasherd in der Küche, wo zwei von vier Gasflammen und das (elektrische) Backrohr nicht mehr funktionieren.

Und nun zu einigen Ereignissen aus der jüngsten Vergangenheit: Im September verrechnete mir der Stromversorger »Wien Energie«

### »Nachwirkungen jahrelanger schlechter Ernährung«

€ 6,44, weil ein Einziehungsauftrag mangels Deckung nicht durchgeführt werden konnte. Einen ähnlich hohen Betrag hat mir wenige Tage später meine Bank verrechnet; auf meine Anfrage bei der Bank erhielt ich die Antwort, das wäre die Sache von Wien Energie und nicht der Bank. Von Wien Energie erhielt ich die Auskunft, dass bei einer erfolglosen Abbuchung diese Kosten sowohl von Wien Energie als auch von den Banken in der Höhe von jeweils € 4,50 bis 6,60 (je nach Bank) verrechnet werden. Ergänzend muss gesagt werden, dass das Konto wenige Tage nach der erfolglosen Abbuchung hinreichend gedeckt war und ich als Notstandsbezieher bzw. Bezieher des Pensionsvorschusses oder der Sozialhilfe auf keiner Bank einen Einkaufsrahmen habe, wie Überziehungen jetzt genannt werden.

## Nachzahlungen

Damit kommen wir zu einem Ereignis, das mich endgültig aus der Bahn zu werfen droht, weil ich einfach nicht mehr weiß, wie ich mir selbst helfen kann. Bisher bezahlte ich die Tarife für Gas und Strom in zehn Raten pro Jahr und zwar jeweils mit »bescheidenen« € 57,60, insgesamt also € 576,00 im vergangenen Jahr. Ab nächstem Jahr soll ich aber € 97,20 zahlen, also

€ 972,00 im ganzen Jahr. Das ist eine Differenz von € 396,00 und das bei einem Einkommen von € 612,04 pro Monat. Das ist aber noch nicht alles: Die aktuelle Jahresabrechnung beinhaltet auch noch eine Nachzahlung in der Höhe von € 364,46. Nach einem ersten Anruf wurde gnädig erwähnt, ich könne den Betrag in drei Raten bezahlen. Ein weiterer Anruf bei Wien Energie, einen Tag vor dem 10. Dezember 2008, ergab Folgendes: Der Einziehungsauftrag kann nicht mehr rückgängig gemacht werden, bei Nichtdurchführung des Einzugs werden erneut € 6,44 fällig so wie auch bei jedem weiteren erfolglosen Einzug. Daher ging ich am 9. Dezember zuerst zu meiner Bank und stornierte den Einziehungsauftrag mit Wien Energie, weil ich damit verhindern möchte, dass ich womöglich noch öfter € 6,44 bezahlen muss, was in unserer alten Währung ca. öS 90,00 entsprochen hätte. Anschließend ging ich zu Wien Energie und

### »überhöhte Energiekosten und unnötige Belastungen«

erfuhr dort, dass Zahlungen zehnmal pro Jahr nur möglich sind bei einem Dauerauftrag über die Bank, nicht aber, wenn die Zahlungen per Erlagschein getätigt werden, in diesem Fall können die Zahlungen nur viermal pro Jahr erfolgen.

Die Nachzahlung der Jahresabrechnung wurde fällig am 10. Dezember 2008, also zu einer Zeit, wo die Menschen üblicherweise Weihnachtsgeld haben. Genau da wird mir mehr als die Hälfte meines Einkommens für überhöhte Energiekosten abgezogen. Mir wurde gesagt, ich hätte eben zu viel verbraucht. Doch der wahre Grund für diese hohe Jahresabrechnung sind die Erhöhungen der Preise für Gas und Strom. Ich empfinde das als Armenbekämpfung durch überhöhte Energiekosten und völlig unnötige finanzielle Belastungen durch Banken.

Rückblickend kann dazu nur gesagt werden, dass es gerade gierige Banker waren, die eine noch nie da gewesene Krise auf dem Banken- und Finanzsektor verursacht haben. Jetzt schaufeln die meisten Regierungen unseres Planeten Unsummen in die nimmersatten Mäuler der Banken – und ich erinnere hier ganz bewusst an das Zinsenverbot im Christentum ebenso wie im Islam – und genau die Banken, die den ganzen Wahnsinn verursacht haben, sind sich nicht zu blöde, dieses Geld der Steuerzahler anzunehmen, und zuletzt halten sich die Banken auch noch ganz unverschämt bei den Menschen schadlos, die am wenigsten schuld sind an dieser Krise und die auch am wenigsten Geld haben.

### Bedarfsorientierte Mindestsicherung

Einen ersten Ausweg aus der Misere böte die Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung – bMS. Ihr unbestreitbarer Vorteil wäre, dass es praktisch eine einzige Sozialhilfe für ganz Österreich geben würde, statt neun verschiedener Sozialgesetze, nämlich für jedes Bundesland ein eigenes. Doch es wird auch den Anspruch der Arbeitswilligkeit bzw. Arbeitsfähigkeit geben, den es bei den derzeitigen Sozialhilfen so nicht gibt. Damit wird weiter Druck erzeugt gerade auf jene Menschen, die ohnehin schon sehr viel Energie nur deshalb verbrauchen, weil sie zum Beispiel als Alleinerziehende damit beschäftigt sind, Geld aufzutreiben, um die Kinder zu versorgen.

Es ist gang und gäbe, dass den Menschen, die die Arbeit verloren haben und zum Beispiel nach langer Arbeitslosigkeit keine Arbeit mehr finden, die Schuld zugeschoben wird an diesem leidigen Zustand. Da gibt es sehr viele Fälle, in denen die Leute eine Lehre abgeschlossen und

dann Jahre, vielleicht auch Jahrzehnte, in ein und demselben Beruf gearbeitet haben. Nach Veränderungen der Gesetze beträgt heute die Dauer des Berufsschutzes nur noch sechs Monate, gleich danach folgt die so genannte Notstandshilfe und damit ist der erlernte Beruf bzw. die jahrelange Spezialisierung auf bestimmte Bereiche im Berufsleben Vergangenheit für immer. Ohne Berufsschutz können Betroffene für jegliche Hilfsarbeit vermittelt werden unter Androhung der Streichung (»Sperr«) der Notstandshilfe.

Haben Erwerbsarbeitslose in ihrer Jugend den falschen Beruf ergriffen oder ist es nicht eher so, dass sich in der Zwischenzeit so viel getan hat, was damals nicht vorhersehbar war? Wer die Arbeit verloren hat, besonders wenn es eine lange andauernde Arbeit war, der hat ohnehin Probleme genug. Diese Personen müssen den Verlust der Arbeit verkraften, dann müssen sie sich daran gewöhnen, dass sie sehr viel weniger Geld zur Verfügung haben, und zuletzt haben sie auch noch soziale Kontakte zu Kolleginnen und Kollegen verloren, ja sogar Freundschaften.

## Druck statt Hilfe

In dieser Situation fällt es besonders älteren Menschen nicht mehr so leicht, sich auf die neue Situation einzustellen und mit der Suche nach einer Arbeit zu beginnen. Gerade in dieser Zeit, wo diese Menschen ganz dringend Hilfe benötigen, wird vom AMS oft enormer Druck auf sie ausgeübt, denn sie sollen so bald wie möglich wieder Arbeit finden. Ob diese neue Arbeit mit einer Minderqualifizierung einhergeht und damit auch mit weniger Gehalt, das scheint für die Behörde nicht so wichtig. Wer da nicht mitspielt, dem drohen Sanktionen in Form von Geldsperren, beim ersten Mal für die Dauer von sechs

Wochen, danach immer für die Dauer von acht Wochen. Miete, Strom- und Gasrechnung etc. werden in dieser einkommenslosen Zeit dennoch pünktlich fällig.

Den Arbeitslosen wird immer wieder Unwilligkeit unterstellt. Von meiner Arbeit in einer Selbsthilfegruppe und einer Erwerbsarbeitsloseninitiative her weiß ich, dass viele von Arbeitslosigkeit betroffene Personen freiwillig ehrenamtlich tätig sind, hauptsächlich im sozialen Bereich (Nachbarschaftshilfe, Betreuung von Kranken und Pensionisten). Es kann davon ausgegangen werden, dass der Anteil bezahlter gegenüber unbezahlter Arbeit in Österreich bei ca. 1 zu 1,8 liegt. Somit kann gesagt werden, dass es eine Unterstellung ist, die Arbeitslosen würden gar nicht arbeiten wollen. Vielmehr verhält es sich so, dass die meisten Erwerbsarbeitslosen in ihrem bis-

## »erstaunliche Potenziale und neue Fähigkeiten«

herigen Beruf nicht mehr weiter arbeiten können, z.B. weil die Firma geschlossen hat oder weil ein Konzern einen bestimmten Bereich ausgelagert hat oder einfach weil Arbeitnehmer durch Roboter ersetzt werden. Nach einer Zeit der Trauer und der Hilflosigkeit beginnen sie sich dann nach neuen Arbeiten – oder besser gesagt: Tätigkeiten – umzusehen und entwickeln da oft erstaunliche Potenziale und neue Fähigkeiten in Bereichen, die leider nicht bezahlt und damit auch gesellschaftlich nicht anerkannt werden. Und sie können oft ganz einfach nicht mehr 40 Stunden pro Woche arbeiten, sondern nur noch 20 oder 25 Stunden. Die so genannte »Bürgerarbeit«, die nichts anderes kennt als »Angebote« wie Rasenmähen im Sommer, Laubkehren im Herbst, Schneeschaukeln im Winter ist für Menschen in Not eigentlich nur eine einzige unzumutbare Gemeinheit.

Menschen, die wenig Geld zur Verfügung haben, sind in unserem wohlhabenden Österreich schlicht in Not und brauchen ganz dringend die Hilfe der Gesellschaft, aber keinen Druck. Menschen, die unter akuter oder drohender Armut leiden, benötigen aber auch unbefristete Projekte, wenn ihnen wirklich und damit wirksam geholfen werden soll, und keine kurzfristigen Husch-Pfusch-Lösungen. Menschen, die Sozialhilfe beziehen, muss es ermöglicht werden, dass sie im Rahmen der Geringfügig-

igkeitsgrenze dazuverdienen können, ohne dass etwas davon abgezogen wird. Menschen, die Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe beziehen, leiden sehr darunter, weil ihr Einkommen nur noch maximal 53 % des früheren Monatsgehalts beträgt. Damit liegt Österreich so ziemlich auf dem letzten Platz in der EU.

-----  
**Peter Gach** ist Jahrgang 1950, seit 1989 arbeitslos. Seit 2004 ist er in verschiedenen Organisationen im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung aktiv.